



Baden-Württemberg.de

KLIMASCHUTZ

Das Klima effektiv schützen



© Robert Kneschke - stock.adobe.com

Die Bewältigung der durch den Menschen verursachten Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Baden-Württemberg wird seinen Teil zur Emissionsminderung beitragen und die Erderwärmung entschlossen bekämpfen. Dabei gilt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen und eine breite Palette an wirkungsvollen Maßnahmen zu ergreifen.

Der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Die durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen lassen die Durchschnittstemperatur auf der Erde ansteigen. Die Weltgemeinschaft muss gegensteuern – zentral dabei ist global betrachtet das im Jahr 2015 erzielte **Pariser Klimaabkommen** und auf europäischer Ebene der **European Green Deal**. Baden-Württemberg geht beim Klimaschutz voran und setzt durch ambitionierte Ziele neue Maßstäbe. Bereits bis 2040, also fünf Jahre früher als der Bund und zehn Jahre früher als die EU, wollen wir Klimaneutralität erreichen. Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 65 Prozent reduzieren.

Sollte es uns nicht gelingen, den globalen Temperaturanstieg deutlich zu begrenzen, werden Wetterextreme wie Stürme, Starkregen, Waldbrände und Hitzewellen weiter dramatisch zunehmen. Der

Klimawandel findet bereits statt und seine Auswirkungen sind längst auch bei uns deutlich spürbar und sichtbar. Für die Folgen des Klimawandels, die sich nicht mehr aufhalten lassen, hat das Land eine Anpassungsstrategie entwickelt.

Klimaschutz hat Gesetzesrang

In Baden-Württemberg wird der Klimaschutz seit Juli 2013 in einem eigenen Gesetz geregelt. Baden-Württemberg war das zweite Bundesland mit einem solchen Klimaschutzgesetz. Zuletzt haben wir das Klimaschutzgesetz im Februar 2023 überarbeitet und zu einem **Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz** weiterentwickelt. Den Treibhausgasausstoß des Landes wollen wir bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Bis zum Jahr 2040 soll Baden-Württemberg klimaneutral sein.

Vorbild soll auch die Landesverwaltung sein und bereits **bis zum Jahr 2030 klimaneutral** werden. Dabei geht es vor allem darum, landeseigene Gebäude energetisch zu sanieren und auf erneuerbare Energien umzustellen. Mobilität und Dienstreisen, Informationstechnologien und Beschaffungswesen rücken ebenfalls in den Fokus.

Mit dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland Sektorziele für das Jahr 2030, also konkrete Einsparvorgaben beim Treibhausgasausstoß für einzelne Sektoren, wie zum Beispiel die Energiewirtschaft, die Industrie oder den Verkehr, verankert, um das Klimaziel für 2030 handhabbar zu machen. Um diese Sektorziele zu erreichen, wurde das Instrument des „**Klima-Maßnahmen-Registers**“ entwickelt, in dem die Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz des Klimas einheitlich, übergeordnet und fortlaufend geführt werden. Außerdem wurde ein Klimavorbehalt für Förderprogramme gesetzlich festgelegt und mit dem CO₂-Schattenpreis ein Instrument eingeführt, das bei Baumaßnahmen und Beschaffungen des Landes die Kosten der Umwelt, die durch den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid entstehen, durch einen rechnerischen Preis sichtbar macht. Gleichzeitig wurde in dem Gesetz die Rolle der Klimawandelanpassung gestärkt.

Klima-Sachverständigenrat

Der **Klima-Sachverständigenrat** wurde Ende 2021 eingerichtet. Er soll die Landesregierung und den Landtag sektorübergreifend zu Fragen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung beraten. Bei dem Sachverständigenrat handelt sich um ein unabhängiges wissenschaftliches Expertengremium, das sich aus sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammensetzt. Die Berufungsdauer beträgt fünf Jahre.

Zu den zentralen Aufgabenfeldern des Klima-Sachverständigenrats gehört es, die Landesregierung bei der Umsetzung der Klimaschutzziele und der Anpassungsstrategie zu beraten und auch sektorspezifische Maßnahmenvorschläge zu entwickeln. Zudem wirkt er insbesondere beim Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen mit und kann eigene Arbeitsschwerpunkte setzen. Die bisherigen Veröffentlichungen sind **hier** zu finden.

Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa



Die Klimaschutzpolitik des Landes wird wesentlich von den Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene bestimmt. So erfasst beispielsweise der Emissionshandel, das **EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS)**, EU-weit etwa 40 Prozent und in Baden-Württemberg rund ein Drittel aller Treibhausgasemissionen. Bisher konnten die im EU ETS gesetzten Ziele eingehalten werden. Der seit 2019 deutlich gestiegene Preis für CO₂-Zertifikate entfaltet seine Lenkungswirkung. Dennoch muss die weitere Entwicklung auch im EU ETS sorgfältig beobachtet werden.

Den Startpunkt für eine ambitioniertere europäische Klimapolitik markiert der **European Green Deal**. Im Zentrum steht dabei die „Umgestaltung der EU-Wirtschaft für eine nachhaltige Zukunft“. Außerdem sollen dem Schutz und der Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme, dem Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umweltauswirkungen sowie der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Weitere wichtige Bausteine sind der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Energieeffizienz, die Vernetzung der Energiesysteme, die Kreislaufwirtschaft sowie nachhaltiges Bauen und neue Mobilitätskonzepte.

Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden

Im **Europäischen Klimaschutzgesetz** ist die Klimaneutralität bis 2050 rechtlich verankert. Das soll Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Bis 2030 soll EU-weit eine Emissionsreduktion um 55 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden. Dazu hat die Europäische Union ein „**Fit-for-55-Paket**“ mit insgesamt zwölf Einzelregelungen auf den Weg gebracht. Neu ist der Plan, in den Sektoren Gebäude und Verkehr ebenfalls ein Emissionshandelssystem einzuführen. In einer solchen Regelung könnte das bundesweit seit 2021 geltende **Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)** aufgehen. Das BEHG gibt CO₂ einen zunächst festgelegten Preis, der mit 25 Euro pro Tonne CO₂ startete und sukzessive steigt, bevor er in ein Handelssystem überführt wird.

Bundesweite Vorgaben und Strategien wirken sich ebenfalls ganz erheblich auf den Handlungsspielraum des Landes aus. Der Bund hat mit dem 2019 vorgelegten und 2021 novellierten **Klimaschutzgesetz** einen wichtigen Rahmen für die Klimapolitik vorgegeben. Der Bund strebt Klimaneutralität bis 2045 und bis 2030 eine Reduktion der Emissionen um 65 Prozent an. Um die Zielerreichung in den einzelnen Sektoren zu überprüfen hat der Bund ein Nachsteuerungsmechanismus eingeführt. Zentrale Maßnahmen zur Zielerreichung sind im **Klimaschutzprogramm 2030** zu finden.

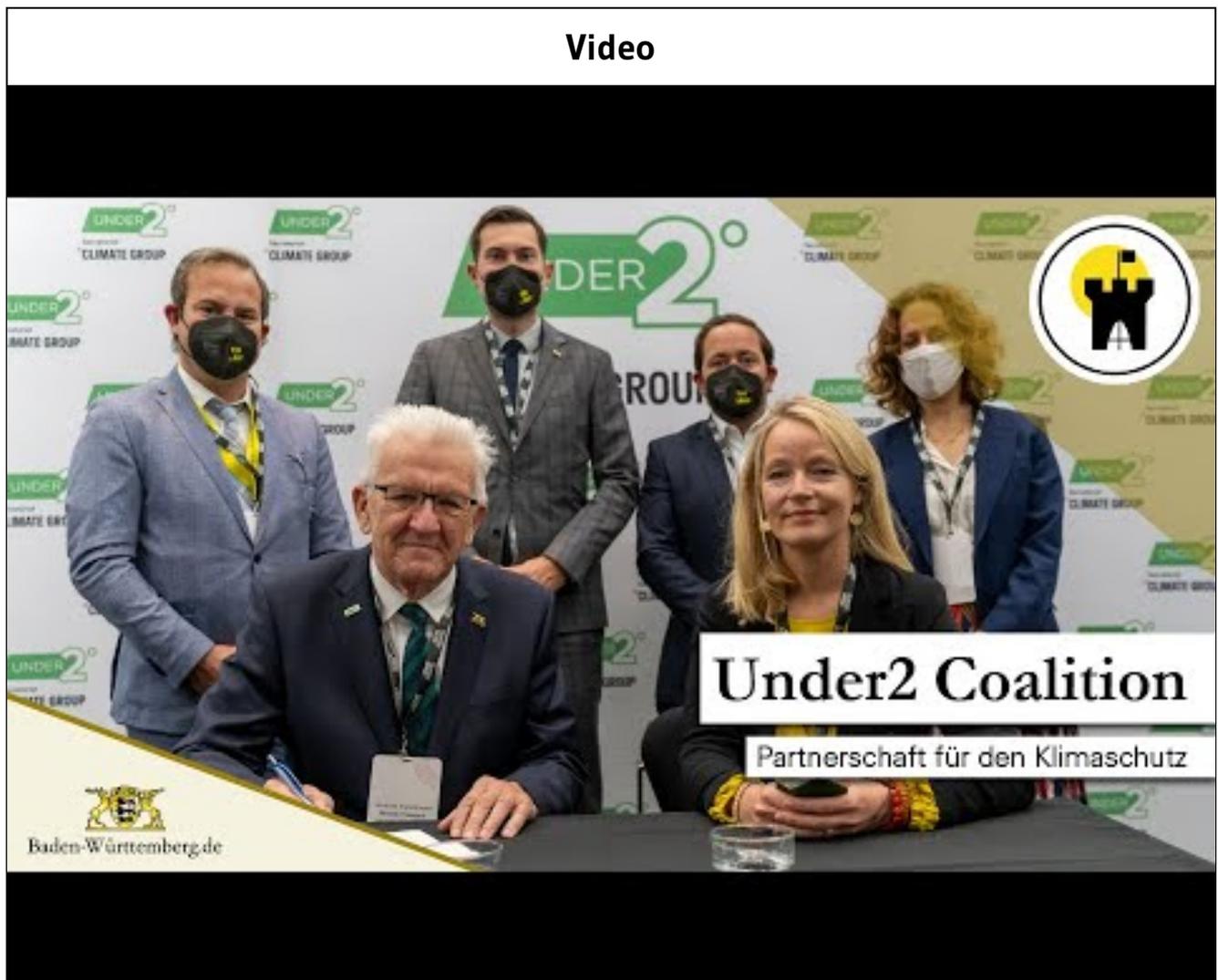
Wo entstehen die meisten Emissionen?



Ein Großteil der Emissionen geht auf die Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen zurück – rund 90 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen im Land fallen energiebedingt an. Besonders viel CO₂ entsteht im Verkehrssektor. Mit absteigendem Anteil stammen weitere Emissionen aus dem Betrieb von Gebäuden, der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft und schließlich der Abfall- und Abwasserwirtschaft. Diese verschiedenen Sektoren betrachten wir getrennt voneinander, um ihre Entwicklung separat verfolgen und beeinflussen zu können.

Das für 2020 angepeilte Zwischenziel, insgesamt ein Viertel weniger Treibhausgase auszustoßen als im Jahr 1990, haben wir erreicht. Allerdings ist für 2020 zu beachten, dass es sich teilweise um durch die Pandemie bedingte und daher nur vorübergehende Emissionsreduktionen handelt. Für die Jahre 2021 und 2022 ist jeweils wieder mit leicht steigenden Emissionen zu rechnen und bis 2030 verbleibt nur noch wenig Zeit, um die Gesamtemissionen um weitere 40 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Weltweit vernetzt



Baden-Württemberg engagiert sich im Klimaschutz auch auf internationaler Ebene. Gemeinsam mit Kalifornien gehören wir zu den Gründungsmitgliedern der **Under2-Coalition**. Dieses Klimabündnis zählt zwischenzeitlich 260 Mitstreiter, die 1,7 Milliarden Menschen und 50 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung repräsentieren. Ihnen allen ist gemein, dass sie das 1,5 Grad-Ziel unterstützen und den dazu notwendigen Wandel in allen relevanten Sektoren vorantreiben.

Klimaschutz vor Ort



Kommunen, Unternehmen, Vereine, kirchliche Organisationen und kommunale Betriebe sind wichtige Partner beim Klimaschutz. Um sie zu unterstützen hat das Umweltministerium das **Förderprogramm**

„Klimaschutz-Plus“ ins Leben gerufen. Denn die ambitionierten Klimaziele können nur erreicht werden, wenn Energie effizienter eingesetzt und bei Strom und Wärme Energie eingespart wird – insbesondere im Gebäudebestand.

Die Rolle der Städte und Gemeinden ist dabei besonders hervorzuheben. Denn sie haben gegenüber ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine Vorbildfunktion und gestalten innerhalb ihrer Gemarkung die Rahmenbedingungen zur Emissionsreduktion ganz wesentlich mit. Das Programm Klimaschutz-Plus besteht dabei aus drei Säulen:

- CO₂-Minderungsprogramm: Förderung von Maßnahmen, die eine nachhaltige Minderung der aus dem Energieverbrauch resultierenden CO₂-Emissionen bewirken.
- Struktur-, Qualifizierungs- und Informationsprogramm: Förderung zusätzlicher Klimaschutzaktivitäten (zum Beispiel durch Bilanzierung von CO₂-Emissionen, Vernetzung und Beratung, Projekte an Schulen, Klimaneutrale Kommunalverwaltung, regionale Beratungsstellen zur Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung).
- Nachhaltige, energieeffiziente Sanierung: Dabei fördern wir bei der Sanierung von Schulgebäuden solche Vorhaben zusätzlich, die besondere Effizienzstandards erreichen.

Die Menschen im Land mitnehmen



Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft innerhalb von weniger als zwanzig Jahren stellt uns vor große Herausforderungen in allen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens.

Von der Stromerzeugung, die perspektivisch komplett aus regenerativen Quellen stammen muss, über die Mobilität, bei der künftig alternative Antriebsformen die Norm werden müssen, bis hin zur Frage wie wir unsere Wohnungen und Häuser heizen.

Den ambitionierten Zielsetzungen müssen nun ebenso ambitionierte Maßnahmen folgen. Alle Ebenen und Ressorts stehen hier in der Verantwortung und müssen möglichst rasch in die Umsetzung kommen. Um in diesem kurzen Zeitraum den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, sind wir zudem darauf angewiesen, die Menschen mitzunehmen und für einen effektiven Klimaschutz möglichst viele Akteure aus der gesamten Gesellschaft einzubinden.

Anpassung an den Klimawandel



Nur durch konsequenten Klimaschutz können wir erreichen, dass der Klimawandel in einem für uns beherrschbaren Rahmen bleibt. Gleichzeitig müssen wir uns auf die bereits hervorgerufenen und nicht mehr vermeidbaren klimatischen Veränderungen einstellen.

Wir brauchen effektive Strategien für die **Anpassung**, denn die Klimawandelfolgen sind bereits heute deutlich zu sehen und zu spüren. Das gilt auch für Baden-Württemberg – seit den 1990er Jahren verläuft die Entwicklung immer rasanter. Zuletzt wurde 2018 ein neuer Höchstwert der Jahresmitteltemperatur für Baden-Württemberg erreicht. Extremwetterereignisse werden weiter zunehmen.

Maßnahmen, die Klimaschutz und Klimaanpassung effektiv miteinander verbinden, bringen große Chancen mit sich und können unsere Lebensqualität insgesamt steigern. So können beispielsweise Stadtbegrünungsmaßnahmen dazu führen, einerseits die Versickerung von Oberflächenwasser zu erleichtern und Hitzeeffekten entgegenzuwirken, andererseits werden aber auch öffentliche Räume aufgewertet und können attraktiver gestaltet werden.

Die **Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Baden-Württemberg** stammt aus dem Jahr 2015 und wird derzeit fortgeschrieben. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie und mit welcher Dynamik sich das Klima zukünftig ändern wird und zeigt die Bandbreite möglicher Klimaentwicklungen in Baden-Württemberg auf. Es werden Maßnahmen erarbeitet, die von einem regelmäßigen Monitoring-Bericht flankiert werden.

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/bw-gestalten/nachhaltiges-baden-wuerttemberg/klimaschutz>